B 20-LTW Lea Heidbreder / Kreisverband Landau

Antragsteller*in:	Lea Heidbreder (KV Landau)
Tagesordnungspunkt:	2 Wahlversammlung zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahl zum 18. Landtag von Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

Listenplatz 9

Liebe Freundinnen und Freunde,

als Umweltpsychologin beschäftigt mich die Frage, was Menschen motiviert, nachhaltig zu handeln. Obwohl viele von uns eigentlich um die ökologische Krise wissen, fällt es oft schwer, alltägliche Routinen konsequent umzustellen. Der Appell an die reine Vernunft reicht meist nicht aus. Es braucht echte Handlungsalternativen und Gelegenheitsfenster, damit die Umstellung auf nachhaltige Verhaltensweisen gelingt und so langfristig mit positiven Erfahrungen verbunden wird. Politik kann solche Rahmenbedingungen festlegen, damit sich die Gesellschaft und auch die Unternehmen auf den notwendigen sozial-ökologischen Wandel einstellen und mitgehen können. Diesen Wandel möchte ich gerne auf Landesebene mitgestalten.

Das Thema Umweltschutz hat mich auch vor 15 Jahren motiviert, politisch bei Greenpeace aktiv zu werden. Damals waren die Klimaziele 2020 häufig Thema und sie kamen mir unglaublich weit weg vor. Inzwischen haben wir 2020 und müssen feststellen, dass wir diese wenig ambitionierten Ziele – wenn überhaupt – nur durch die Corona-Krise erreichen und ein erneuter Anstieg an Emissionen zu befürchten ist. Daher gilt es jetzt das Zeitfenster zu nutzen, um die Klimakrise zu lösen. Das Zeitfenster, in dem wir es noch selbst in der Hand haben, die Folgen der Überschreitung unserer planetaren Grenzen einzudämmen und für eine lebenswerte Zukunft einzutreten.

Seit 2013 bin ich Mitglied bei den GRÜNEN, war in Landau Sprecherin des Kreisverbandes und bin inzwischen dort Fraktionsvorsitzende im Stadtrat. Hier übernehmen wir seit der Kommunalwahl 2019 als stärkste Fraktion Verantwortung in einer Koalition. Die positiven Veränderungen und ihre Auswirkungen vor Ort zu erleben, motiviert mich immer wieder für unsere GRÜNEN Ideen zu streiten. Gerade auch dann, wenn ihnen kontroverse Debatten vorausgingen. Als Sprecherin für Wohnen, Bauen und Mobilität beschäftigen mich eine nachhaltige Stadtentwicklung und die verkehrliche Anbindung in unserer ländlichen Region.

Wir sollten uns nicht die Zukunft verbauen

Bauprojekte prägen Regionen oft für die nächsten Jahrzehnte. Wir müssen daher, Städtebauförderung an sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Der kommunale Zwischenerwerb sollte in Rheinland-Pfalz zum Standard gemacht werden, damit im Vorfeld soziale Mietwohnungsbauquoten, Photovoltaikpflicht, Dach- & Fassadenbegrünung, Energiestandards oder auch eine Deckelung der Baulandpreise festgelegt werden können. Flächensparendes Wohnen kann durch das Festschreiben einer Bebauungsdichte unterstützt werden. Mehr Wohnraum auf weniger Fläche zu schaffen, heißt auch Baupreise zu senken. Und wenn aus konservativen Kreisen an der Umsetzbarkeit und rechtlichen Grundlage gezweifelt wird, können wir sagen: All das geht schon heute. Wenn wir es auf Landesebene zur Pflicht für alle machen, können wir so unsere Politik im gesamten Land stärken.

Der Bausektor ist energie- und ressourcenintensiv. Zudem fallen dort Unmengen an nicht-recycelbarem Abfall an. Eine stärkere Ausrichtung am Lebenszyklus der Materialien, Betrachtung von „grauer“ Energie (die bei Herstellung, Transport oder Lagerung anfällt) sowie die Förderung von ökologischen Baumaterialien wie Holz sollten daher im Fokus stehen. An den Goldstandard für nachhaltiges Bauen

bei den Landesliegenschaften sollten wir anknüpfen und auch Qualitätskriterien im kommunalen Zuwendungsbau (z.B. für Schulen) festlegen.

Spätestens der Lockdown während der Corona-Krise hat uns die Bedeutung der eigenen vier Wände vor Augen geführt. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und wie wir wohnen, ist zentraler Bestandteil unseres Lebens. Gerade der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum ist groß. Wir müssen soziale Mietwohnungsbauquoten für Neubauten vorschreiben, Förderprogramme fortschreiben und die Bindungsdauer verlängern. Die soziale Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz ist derzeit sehr stark auf die Mittelschicht ausgerichtet. Sie vernachlässigt so letztendlich die, die am meisten auf Unterstützung angewiesen sind. Eine Förderung für Personen der niedrigsten Einkommensgruppe ist prioritär vorzunehmen, um Konkurrenzsituationen mit höheren Einkommensgruppen zu vermeiden.

Tempo machen bei der Verkehrswende

Während in Städten verstärkt der Wohnraumbedarf angegangen werden muss, ist im ländlichen Raum das Thema der Anbindung relevanter. Wir brauchen eine Mobilitätsgarantie für das ganze Land. Im Landesnahverkehrsplan müssen als Mindeststandard zwei Verbindungen pro Stunde festgesetzt werden. Grundlage darf nicht nur die Frequenz am Hauptbahnhof sein, sondern der am schwächsten versorgte Punkt. Dafür müssen wir auch Geld in die Hand nehmen, damit der ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe am Ende nicht am Finanzierungsvorbehalt scheitert und zum zahnlosen Tiger wird. Wenn wir es dann noch schaffen, den Flickenteppich der Tarifgebiete aufzulösen, haben wir schon einiges für die Stärkung des ÖPNV gewonnen.

Beim Radverkehr braucht es beim Ausbau von Pendlerrouten eine Landesregierung, die nicht nur Geld zu Verfügung stellt, sondern den Kommunen auch ermöglicht, dieses auszugeben. Wir brauchen Förderkulissen, die deutlich über der Hälfte der Kosten abdecken, damit die Aufsichtsbehörde am Ende Radprojekte nicht ausbremst, während sie Autoprojekten freie Fahrt gibt. Auch die Übernahme der Baulastträgerschaft durch das Land kann ein Hebel sein, Verfahren zu beschleunigen, sodass am Ende nicht nur Machbarkeitsstudien auf den Weg gebracht werden, sondern durchgängige, kreuzungsfreie Pendlerrouten gebaut werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin nicht nur bei den GRÜNEN, um die Erderwärmung zu stoppen, Verbrennungsmotoren zu ersetzen und Faschisten entgegenzutreten. Sondern weil ich an eine Welt glaube, die durch unsere Politik besser sein wird. Ich glaube, dass wir diesen Wunsch nach Veränderung, alle miteinander teilen – aber weil Menschen häufig träger sind als unsere Ideen, braucht es die richtigen politische Weichenstellungen.

Mir ist es wichtig, die Menschen bei diesen Veränderungen mitzunehmen und mit ihnen ins Gespräch zu gehen. Ich möchte mein umweltpsychologisches Wissen zur Umweltkommunikation und richtigen Anreizen einbringen, sodass Bewusstsein am Ende auch zum Handeln führt. Mit meiner ausgeglichenen, aber für die Sache kämpferischen Art und meinem unerschöpflichen Drang nach positiver Veränderung, möchte ich gerne im Team einer starken GRÜNEN Landtagsfraktion diese Politik für und mit euch gestalten. Ich freue mich über eure Unterstützung auf Listenplatz 9.

Biografische Daten:

Beruflicher Werdegang

- Umweltpsychologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Interdisziplinären Forschungsgruppe Umwelt (Universität Koblenz-Landau)
- Promotionsprojekt zu Gewohnheitsänderung beim Plastikkonsum
- 2014-2016 Masterstudium Psychologie, Schwerpunkt: Arbeit, Bildung und Gesellschaft (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
- 2010-2014 Bachelorstudium Psychologie (Universität Kassel)

Politischer Werdegang

- Seit 2019 Fraktionsvorsitzende GRÜNE Landau, Sprecherin für Wohnen, Bauen & Mobilität
- 2018-2019 Kreisvorsitzende in Landau
- 2010-2016 GRÜNE Hochschulgruppe, davon ein Jahr als AStA-Vorsitzende in Kassel
- Seit 2013 Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kontaktdaten (z.B. Telefon oder E-Mail):

lea.heidbreder@gruene-landau.de

0157 31641178